

Das Durchschreiten der Vielfachkrise

Ökofeministische Orientierungshilfen für die Transformationspolitik

Die sozial-ökologische Krise hat viele Gesichter, die oft isoliert erscheinen. Um die Krise abzuwenden, reichen investitionsorientierte Ansätze nicht aus; nötig ist ein Wandel von Kultur und gesellschaftlichem Stoffwechsel. Der materialistische Ökofeminismus ist in der Lage, dies zu erkennen und Orientierungshilfen für Transformationspolitik zu bieten. *Von Anna Saave*

Die vielerorts voranschreitende Faschisierung und die anhaltende Klimakolonialität erschweren es, nachhaltige, emanzipatorische und gerechte Gesellschaften zu gestalten. Diese drängenden Phänomene sind Spiegelbild einer tieferen strategischen Herausforderung für sozial-ökologische Politik. Denn die sozial-ökologische Krise hat verschiedene Gesichter, die oft isoliert erscheinen. Derzeit werden in einigen Regionen investitionsorientierte Ansätze aufgelegt, die relativ punktuell die Wirtschaft stabilisieren und soziale Härten für weniger privilegierte gesellschaftliche Schichten abmildern wollen. Diese reichen jedoch nicht aus, um sozial-ökologische Politik zu betreiben, die an die Wurzeln der Vielfachkrise geht. Die sozial-ökologische Transformation erfordert mehr als Investitionsprogramme wie den European Green Deal oder den Inflation Reduction Act der USA: Sie bedarf eines Kulturwandels, der mit einem materiellen Wandel des gesellschaftlichen Stoffwechsels korrespondiert.

Wir wissen bereits, dass der Stoffwechsel des fossilen Kapitalismus Ökosysteme und Klima schädigt; und wir wissen, dass Kapitalismus aufgrund seiner Tendenz, externe ökologische und soziale Kosten zu verursachen, eine Ursache der sozial-ökologischen Krise ist. Kapitalismus stützt sich darin auf billige Arbeitskräfte, die auf Grundlage von Rassen-, Geschlechter- und anderen Stereotypen als billiger beschäftigbar gelten. Diese Muster der Abwertung setzen sich fort in der künstlichen Trennung zwischen Natur und Kultur. Die entspricht zwar bereits vorkapitalistischen westlichen Dualismen, doch in der Logik kapitalistischer Buchhaltung bleiben Naturen weiterhin externalisiert. Dies alles schränkt eine gemeinsame politische Basis und einen geteilten Erfahrungsraum zwischen getrennten Menschen aktiv ein, während sozial-ökologische Probleme räumlich und zeitlich weiterverlagert werden.

Um diese Spielaufstellung erkennen zu können, ist der Ökofeminismus in einer ausgezeichneten Position, da er ab-

gewertete und unsichtbar gemachte Aspekte des Lebens sowie neue und bereits Stoff gewordene Machtstrukturen auf den Tisch legt. Ökofeminist/innen verbinden das Projekt des Überlebens mit der Frage, wie sich gut in, als und mit Natur und in mehr als menschlichen Gemeinschaften leben lässt und lenken damit den Blick auf einen grundlegenden Wandel.

Ökofeminismus gilt oft als umstritten. Während sich Ökofeminist/innen darin einig sind, dass Unterdrückungssysteme, insbesondere Patriarchat, Kolonialismus und instrumentelle Beziehungen zur Mitwelt, abgebaut werden müssen, ist die Weise, wie dies geschehen soll, strittig. Angehörige des sogenannten kulturellen Ökofeminismus sehen Chancen der Veränderung der Wertschätzung von weiblichen versus männlichen Merkmalen darin, das Weibliche auf bejahende Weise mit Natur zu verbinden. Es ist diese Strategie der Aufwertung, die so oft umstritten ist. Und genau hierauf wird die Debatte um den scheinbar essenzialistischen Ökofeminismus oft reduziert. Der mengenmäßig weitaus größere und analytisch für gesellschaftliche Transformationen vermutlich gewichtigere Teil orientiert sich an intersektionalen feministischen Perspektiven und betont, dass die Lebenswirklichkeiten von Frauen durch einen Bezug zur Natur verallgemeinert werden, was zur Verschleierung überlappender Herrschaftsverhältnisse führt, die Frauen in teils widersprüchlicher Weise betreffen.

In der Mainstream-Ökonomie und lange Zeit auch in marxistischen Theorien wurden die ökologischen, geschlechtsspezifischen und rassifizierten materiellen Grundlagen der Kapitalakkumulation vernachlässigt (Fraser 2014; Saave 2022 a). Diese Vernachlässigung in der Wirtschaftswissenschaft sowie die kulturelle Anerkennungsverzerrung in Bezug auf Dinge, die als Teil eines „Außen“ kodiert sind, münden in die heutigen Nachhaltigkeitsprobleme. Durch die Linse ökofeministischer Einverleibungs- und Externalisierungstheorien kann diese Entbettung identifiziert und kritisiert werden (Saave 2022 b). Politik, die in einem engen Verständnis von Wirtschaft verwurzelt ist, ist bezüglich ökologischer und sozialer Gerechtigkeit zum Scheitern verurteilt, egal wie gut gemeint ein Fokus auf Lohnarbeit und marktbasierter Daseinsvorsorge sein mag.

Um wirklich nachhaltige Ergebnisse zu stärken, braucht es neue Allianzen, die die Trennung zwischen formeller und informeller, bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Daseinsvorsorge auf und jenseits von kapitalistischen Märkten überwinden. Dies wären Allianzen, die versuchen, Externalisierung zu minimieren, welche von der Verlagerung von Umweltrisiken in Peripherien bis zur Verlagerung der sozialen Kosten der Reproduktion von Arbeitskräften in den Bereich des Privats

ten reichen. Welche Bündnisgrundlagen kommen hierfür infrage?

Der radikale materialistische Ökofeminismus hat bereits den Boden für solche Bündnisgrundlagen bereitet, zum Beispiel mit ökofeministischen Verständnissen von Arbeit. Maria Mies argumentiert, dass ein feministisches Konzept von „Arbeit“ nicht auf Herrschaft beruhen kann und die räuberische ökonomische Beziehung zwischen Menschen und „Natur“ durch eine kooperative Beziehung ersetzen muss (Mies/Salleh 1988: 135). Dies zeigt den Kulturwandel, der notwendig ist, um Bündnisse zu schaffen: Kann es gemeinsamer Wunsch von Klimaaktivist/innen, Pflegenden, prekär Beschäftigten und privilegierten Lohnarbeiter/innen werden, frei von Herrschaft zu sein und Kooperation zu praktizieren? Ariel Salleh (2010) entwirft mit *meta-industrial labor* ein weiteres ökofeministisches Konzept von Arbeit. Ihr Ansatz bezieht sich auf Arbeiter/innen, die nominell außerhalb des Kapitalismus stehen und deren Arbeit metabolische Transformationen katalysiert, wie Bäuer/innen oder Eltern.

Meta-industrielle Arbeit ist umfassender als Arbeit im industriellen Kapitalismus, da sie menschliche und natürliche Zyklen vermittelt. Sie umgibt industrielle Arbeit und schafft die Bedingungen für ihre Reproduktion und die Absorption der von ihr verursachten Schäden. Eine Stärke von Sallehs Konzept liegt darin, dass es Menschen, die in sehr unterschiedlichen Kontexten arbeiten, miteinander verbindet und ihre Gemeinsamkeiten vis-à-vis kapitalistischer Lohnarbeit aufzeigt. Meta-industrielle Arbeiter/innen können deshalb als Schlüssel zur Überwindung der sozio-ökologischen Krise angesehen werden, weil ihre Praxis (re)produktiver und lebenserhaltender ist als das, was Petrokulturen (Daggett 2018) und fossiler Kapitalismus verordnen. Ein solches ökofeministisches Verständnis von Arbeit ist nicht nur der notwendige Boden für neue Bündnispolitik, sondern erfordert auch Arbeitssubjektivitäten, die gegen Herrschaft gerichtet sind (Plumwood 1993). Daraus folgt ein ökofeministisches Klassenbewusstsein und das Wissen, dass Klimawandel und umweltbezogene Gewalt die neueste Form des Klassenkampfes sind – wie immer verbunden mit vergeschlechtlichter und rassistischer Herrschaft (Barca 2019).

Der radikale materialistische Ökofeminismus macht den kapitalistischen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur und die Logik hinter seiner Organisation deutlich: Arbeit ist ein (vergeschlechtlichter und rassifizierter) Vermittler des sozialen Stoffwechsels (Barca 2019) – im Kapitalismus vermittelt Arbeit den gesellschaftlichen Stoffwechsel auf kapitalistische Weise. Mit investitionsorientierten Ansätzen sind diese grundlegenden Verhältnisse in der Regel nicht in den Blick zu bekommen und nur bedingt bearbeitbar. Transformation im ökofeministischen Sinne bedeutet stattdessen zu wagen, einen anderen Stoffwechsel einzufordern, mit niedrigen externen Kosten, aber reichlich reproduktiven Qualitäten und viel Zeit. Für eine sozial-ökologische Transformation auf dem Boden neuer Bündnispolitik brauchen wir dies und die gründ-

„Politik, die in einem engen Verständnis von Wirtschaft verwurzelt ist, ist bezüglich ökologischer und sozialer Gerechtigkeit zum Scheitern verurteilt.“

liche Analyse, die der Ökofeminismus zum strukturellen Zusammenhang zwischen kapitalistischen Wachstumsimperativen, ökologischer Krise und der Entwertung reproduktiver Arbeit bietet. Ziel wären solche Investitionen, die es ermöglichen, dass unsere externen Kosten niedrig sind und es leicht ist, zur Reproduktivität beizutragen.

Literatur

- Barca, S. (2019): The Labor(s) of Degrowth. In: *Capitalism Nature Socialism* 30/2: 207–216. DOI: 10.1080/10455752.2017.1373300
- Daggett, C. (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: *Millennium Journal of International Studies* 47/1: 25–44. DOI: 10.1177/0305829818775817
- Fraser, N. (2014): Behind Marx' Hidden Abode. *New Left Review* 86: 55–72.
- Mies, M./Salleh, A. (1988): Woman, nature and the international division of labour. *Thesis Eleven* 21/1: 129–139. DOI: 10.1177/072551368802100109
- Plumwood, V. (1993): *Feminism and the Mastery of Nature*. London, Routledge.
- Saave, A. (2022 a): Einverleiben und Externalisieren. Zur Innen-Außen-Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise. Bielefeld, Transcript. DOI: 10.1515/9783839458341
- Saave, A. (2022 b): *Ecofeminism Now*. In: Baier, W. et al. (Hrsg.): *Left Strategies for the Covid Pandemic and its aftermath*. transform! Yearbook 2022. London, Merlin Press. 335–350.
- Salleh, A. (2010): From Metabolic Rift to „Metabolic Value“. In: *Organization & Environment* 23/2: 205–219. DOI: 10.1177/1086026610372134

AUTORIN + KONTAKT

Dr. Anna Saave ist politische Ökonomin und Postdoktorandin im Projekt BioMaterialities an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf Akkumulationstheorien, gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie in der Postwachstums- und Transformationsforschung.



Research Group BioMaterialities, Department of Agricultural Economics, Division of Agricultural and Food Policy, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
Tel.: +49 30 2093-46850,
Mail: anna.saave@hu-berlin.de